

Bezirksvertreter fordern vehement den vollen Service in Bürgerbüros. Politiker berufen sich auf die Gemeindeordnung.

Von Katharina Rütt

Cronenberg. Er ist ein größerer Aktenkoffer – und in ihm steckt ein kleines Büro. Die Mitglieder der Bezirksvertretung (BV) Cronenberg konnten sich bei ihrer letzten Sitzung selbst ein Bild von dem Bürgerkoffer machen, mit dem Meldeamtsangelegenheiten mobil werden können. Die Diskussion über seinen Einsatz entwickelte sich erneut zur Grundsatzdiskussion über die Notwendigkeit der Bürgerbüros.

Oliver Wagner (SPD) hatte entdeckt, dass dieses technische Angebot der Bundesdruckerei in Mecklenburg-Vorpommern benutzt wird. Die SPD hatte daher den Antrag gestellt, einen solchen Koffer für Cronenberg anzuschaffen (die WZ berichtete). Erfreut waren die Bezirksvertreter, dass Bürgermeister Jochen Siegfried einen solchen Koffer direkt in die Sitzung der BV mitgebracht hatte.

Mit dem Koffer „ist doch das Argument vom Tisch, dass die technische Ausstattung der Bürgerbüros für Passangelegenheiten nicht reicht“, sagte Oliver Wagner. Der Koffer könne zwei Tage in Cronenberg und zwei Tage in Ronsdorf benutzt werden. „Und wenn am Steinweg wieder die Hölle los ist, dann auch da.“

„Man kann das einsetzen“, bestätigte Bürgeramtsleiter Jochen Siegfried. Dennoch sei das keine gute Lösung, weil es nicht effektiv sei. Auf- und Abbau dauerten, die Geräte hiel-

ten womöglich der Dauerbelastung nicht stand. IT-Experte Thomas Peters, der Jochen Siegfried begleitete, führte aus, dass sie bei technischen Problemen nicht so schnell mit Ferndiagnose per Internet helfen könnten. Damit sei die vermeintliche Bürgerfreundlichkeit in Frage gestellt. „Aus Sicht der IT sind stationäre Arbeitsstellen besser“, fasste er zusammen.

Gemeindeordnung schreibt

Bürgerbüros in Stadtteilen vor Die skeptische Haltung ließ die Politiker ihre Forderung nach einem vollständigen Service in den Bürgerbüros bekräftigen. Michael-Georg von Wenzowsky (CDU) sagte: „Man sollte in die Gemeindeordnung sehen: Darin steht, dass Bürgerbüros in den Stadtteilen einzurichten sind.“ Damit sei der volle Service mit Passangelegenheiten gemeint. Die Leitungen dazu seien ja da.

Alle anderen Parteien schlossen sich der Forderung nach einem vollständigen Angebot an: „Wir berufen uns und bestehen auf der Gemeindeordnung“, sagte Regina Orth von den Grünen. Und Oliver Wagner sagte: „Wenn die Gemeindeordnung nicht erfüllt wird, dann wird eben geklagt. Dann muss ein Gericht das klären.“

Jochen Siegfried versicherte: „Die Verwaltung hat schon mitbekommen, was Ihr Wunsch ist.“ Er setze auch nur den Auftrag des Rates um, be- tonte er, offenbar angegriffen

Bürgerkoffer heizt Diskussion erneut an

So sieht der Bürgerkoffer aus, über den so intensiv diskutiert wurde.

Archivfoto: dpa

DER KOFFER

EIGENSCHAFTEN Der Koffer wiegt 15 Kilogramm. Er enthält Notebook, Drucker, Fingerabdruck-Lesegerät, Änderungsterminal, Scanner, EC-Kartenlesegerät und Unterschriften-Lesegerät.

KOSTEN Nach Angaben der Verwaltung beträgt der Kaufpreis 5000

Euro, aber es gebe nur ein Jahr Gewährleistung. Das Gerät könne auch gemietet werden – für rund 417 Euro im Monat, dem Zwölftel des Kaufpreises.

ENTSCHEIDUNG Der Rat tagt am 19. Dezember. Dann soll er über die Neu-Konzeption des Meldeamts entscheiden.

Paul Yves Ramette führte erneut die Kosten ins Feld: Die Zentralisierung habe nichts gespart, die Neueinstellungen verursachten nun Kosten ebenso wie der Sicherheitsdienst, der im Sommer im Meldeamt nötig war, und die Miete

für die Bürgerbüros, die nur einen Tag pro Woche genutzt werden.

Am Ende votierten die Politiker einstimmig für den Bürgerkoffer-Antrag der SPD mit ausdrücklichem Verweis auf die Gesamtdiskussion.